



Netzwerk
für den Dialog zwischen
Wissenschaft und Politik

future

wissenschaft & politik

Newsmail Februar 2024

Seit im Juni 2023 der Entwurf der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025-2028 (BFI-Botschaft 2025-2028) in die Vernehmlassung geschickt wurde, häufen sich die Ankündigungen von Kürzungen der Finanzmittel. Der jüngste Entscheid des Bundesrates zur Haushaltssanierung ist ein schwerer Schlag. Im Rahmen der Bereinigung des Budgets 2025 plant er eine zusätzliche Kürzung von 1,4% bei den schwach gebundenen Ausgaben, zu denen auch der BFI-Bereich zählt; ausgenommen ist einzig die Armee. Hinzu kommt eine einmalige Kürzung der Beiträge an den ETH-Bereich um 100 Millionen Franken im Jahr 2025. Auch in den darauffolgenden Jahren ist mit einschneidenden Sparmassnahmen zu rechnen. Bereits die in der Vernehmlassungsvorlage zur BFI-Botschaft 2025-2028 ursprünglich vorgesehenen Finanzmittel beunruhigten die betroffenen Akteurinnen und Akteure. Die angekündigten zusätzlichen Kürzungen sind alarmierend und deuten auf eine Rückkehr zur Stop-and-Go-Politik hin. Das Parlament hat es bei seinen Finanzentscheiden in der Hand, dem BFI-Bereich mehr Planungssicherheit zu verschaffen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

STANDPUNKT



In den Fortschritt der Schweiz investieren

Matthias Michel

Ständerat, Präsident Politikteam FUTURE

Die Prioritäten des Bundesrates haben sich spürbar geändert. Nach zwei Jahrzehnten mit nachhaltigen Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation haben sich die finanzpolitischen Akzente nun in Richtung Armeeausgaben verschoben. Doch: Auch Sicherheit(stechnologie) braucht Forschung und Innovation.

[weiterlesen »](#)

NEUIGKEITEN DES MONATS

27.02.2024 | SWR

Rat neu konstituiert

Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) ist mit fünf neuen Mitgliedern in die Amtsperiode 2024-2027 gestartet. Der neu konstituierte SWR bekräftigte nach seiner ersten Sitzung, dass der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) in den kommenden Jahren mehr Bundesmittel benötigt als der Bundesrat vorsieht. Er befürchtet, dass ohne ein durchschnittliches jährliches reales Mittelwachstum von mindestens 2,5% der BFI-Standort Schweiz nicht führend bleiben kann.

[Mehr»](#)

21.02.2024 | HFKG

Anerkennung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule

Der Bundesrat anerkennt die Ost – Ostschweizer Fachhochschule gemäss dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) als beitragsberechtigt. Mit der institutionellen Akkreditierung erhält sie das Recht, sich als «Fachhochschule» zu bezeichnen und im Sinne des HFKG Bundesmittel zu erhalten.

[Mehr»](#)

21.02.2024 | HFKG

Institutionelle Akkreditierung der Universität Basel

Der Bundesrat anerkennt die Universität Basel gemäss dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) als beitragsberechtigt. Sie erhält somit das Recht, sich als «Universität» zu bezeichnen und im Sinne des HFKG Bundesmittel zu erhalten.

[Mehr»](#)

21.02.2024 | SWEETER

Botschaft über einen Verpflichtungskredit verabschiedet

Der Bundesrat hat die Botschaft über einen Verpflichtungskredit von 106,8 Millionen Franken für das neue Forschungsförderungsinstrument SWEETER (Swiss research for the EnErgy Transition and Emissions Reduction) an das Parlament überwiesen. Dieses soll in den Jahren 2025-2036 das bestehende Programm SWEET (Swiss Energy reseach Energy Transition) ergänzen und rasch gezielte Antworten auf Fragen zur Versorgungssicherheit und zum Umbau zu einem klimafreundlichen Energiesystem bringen. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel sollen über die Botschaften zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation bis 2036 kompensiert werden und sind somit haushaltsneutral.

[Mehr»](#)

16.02.2024 | Wissenschaftsdiplomatie

Informelles EU-Ministertreffen und Ministerkonferenz

Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, nahm am halbjährlich stattfindenden informellen Treffen der Forschungs- und Innovationsminister der EU-Mitgliedstaaten und an einer internationalen Ministerkonferenz in Belgien teil. Im Mittelpunkt dieser Treffen standen Diskussionen über die Rahmenprogramme der Europäischen Union (EU) für Forschung und Innovation, die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Industrie und die technologische Entwicklung im Bereich der Dekarbonisierung.

[Mehr»](#)

15.02.2024 | GVO-Anbau

Bewilligter Freisetzungsvorhaben

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) bewilligt einen Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch veränderter Gerste unter bestimmten Bedingungen. Agroscope, das Kompetenzzentrum des Bundes für landwirtschaftliche Forschung, beabsichtigt mit diesem Freisetzungsvorhaben Erkenntnisse zum Verhalten der Pflanze im Feld zu gewinnen. Der Versuch wird von Frühling 2024 bis Herbst 2026 durchgeführt.

[Mehr»](#)

15.02.2024 | Beziehungen Schweiz-EU

Offener Brief an den Bundesrat

Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung richteten sich mit einem offenen Brief an den Bundesrat. Mit diesem Schreiben geben sie ihre Unterstützung des bundesrätlichen Mandatsentwurfs für Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) zum Ausdruck. Sie plädieren für eine möglichst rasche und vollumfängliche Assoziierung der Schweiz am Horizon-Paket.

[Mehr»](#)

14.02.2024 | Voranschlag 2025

Bundesrat plant weitere Sparmassnahmen

Der Bundesrat hat die Bereinigungsmassnahmen für den Voranschlag 2025 konkretisiert, um einem strukturellen Defizit von 2 Milliarden Franken entgegenzuwirken. Trotz seiner bereits Ende Januar angekündigten Vorentscheide für Sparmassnahmen verblieb im Bundesbudget 2025 ein Bereinigungsbedarfs von rund 350 Millionen Franken. Der Bundesrat hat daher gegenüber dem Finanzplan 2025-2027 eine zusätzliche lineare Kürzung der schwach gebundenen Ausgaben im Eigen- und Transferbereich um 1,4% beschlossen. Die Armee wurde von diesen Sparmassnahmen ausgenommen.

[Mehr»](#)

14.02.2024 | FIG

Überprüfung der Bundesunterstützung

Der Bundesrat untersuchte im Auftrag der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur von National- und Ständerat die Bundesunterstützung an die 34 Forschungsinstitutionen von nationaler Bedeutung. In ihrem Prüfungsbericht sieht der Bundesrat keinen Anpassungsbedarf bei der gesetzlichen Grundlage für die Bundesunterstützung ab 2025. Ein Schwerpunkt galt der Analyse der Finanzierung von Institutionen, die gemäss dem Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIG) finanziert werden und gleichzeitig im Rahmen einer Assoziierungsvereinbarung mit einer Hochschule Abteilungen vom Bund erhalten.

[Mehr»](#)

14.02.2024 | FIG

Bessere Begleitung des CERN

Der Bundesrat will die Projekte des CERN, dem weltweit grössten Zentrum für physikalische Grundlagenforschung mit Sitz in Genf, besser begleiten können. Für eine bessere Vereinbarkeit der Vorhaben des CERN mit den Zielen der Schweizer Forschungspolitik, den Aufgaben als Gaststaat sowie den Vorgaben im Bereich Umwelt und Raumplanung soll ein Sachplan erstellt werden. Der Bundesrat beantragt dem Parlament zu diesem Zweck eine Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIG).

[Mehr»](#)

13.02.2024 | Beziehungen Schweiz-EU

APK-S heisst Verhandlungsleitlinien gut

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats (APK-S) verabschiedete mit 9 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung ihre Stellungnahme zu den Leitlinien für die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) zuhanden des Bundesrates. Die Mehrheit der APK-S heisst die Stossrichtung der Verhandlungsleitlinien gut. Die Kommission bekräftigt ihre Unterstützung für eine rasche und dauerhafte Vollasoziiierung der Schweiz an «Horizon Europe» und eine Teilnahme an «Erasmus+». Die APK-S fordert Präzisierungen im Verhandlungsmandat bezüglich allfälliger Ausgleichsmassnahmen sowie im Strombereich.

[Mehr»](#)

12.02.2024 | Beziehungen Schweiz-EU

Die Städte wollen stabile Beziehungen

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbands verabschiedete seine Stellungnahme zum Entwurf des Verhandlungsmandats der Schweiz mit der Europäischen Union (EU) einstimmig. Die Städte stellen seit dem Ausschluss der Schweiz aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» negative Konsequenzen fest. Sie erachten die Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen für Bildung, Forschung und Innovation als bedeutsam.

[Mehr»](#)

08.02.2024 | swissuniversities

Wiederwahl von Präsidentin Luciana Vaccaro

Die Plenarversammlung von swissuniversities bestätigte Luciana Vaccaro für eine weitere Amtsperiode vom 1. August 2024 bis 31. Juli 2027 als ihre Präsidentin. Die Physikerin ist seit 2013 Rektorin der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) und präsidiert die Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der schweizerischen Hochschulen seit Februar 2023.

[Mehr»](#)

06.02.2024 | GVO-Anbau

Genom-editierte Pflanzen für mehr Nachhaltigkeit

Das Europäische Parlament nahm mit 307 zu 263 Stimmen bei 41 Enthaltungen den revidierten Vorschlag der Europäischen Kommission zur Lockerung der Gentechnik-Gesetzgebung bei bestimmten genom-editierten Pflanzen an. Das Ziel dieser Lockerung besteht darin, das Lebensmittelsystem nachhaltiger und krisenfester zu gestalten. Das EU-Parlament wird bezüglich dieser neuen Gesetzgebung demnächst Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten aufnehmen.

[Mehr»](#)

02.02.2024 | Innovation

Ursachen für rücklaufende Innovationsaktivität analysieren

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) verabschiedete einstimmig ein Postulat, mit dem sie den Bundesrat beauftragen will, die Ursachen für den Rückgang der Innovationstätigkeit der Schweizer Unternehmen zu untersuchen. In einem Bericht soll er zudem ermitteln, wie die Hindernisse im Innovationsprozess beseitigt werden können. Die WBK-N beruft sich dabei auf einen Bericht des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) zu den rückläufigen Innovationsaktivitäten der Schweizer Unternehmen in den letzten zwei Jahrzehnten.

[Mehr»](#)

02.02.2024 | Beziehungen Schweiz-EU

Kantone befürworten Verhandlungsleitlinien des Bundesrates

Der bundesrätliche Entwurf der Leitlinien für neue bilaterale Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) entspricht grundsätzlich den Erwartungen und Bedürfnissen der Kantone. An einer ausserordentlichen Plenarversammlung in Bern verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme, die von einer Mehrheit von 24 Kantonen gutgeheissen wurde. Die Kantone unterstützen den Bundesrat in seiner Absicht, Verhandlungen mit der EU aufzunehmen.

[Mehr»](#)

Treffen des gemischten wissenschaftlichen Ausschusses Schweiz-Italien

Staatssekretärin Martina Hirayama und die italienische Ministerin Anna Maria Bernini eröffneten in Rom das vierte Treffen des Gemischten Wissenschaftlichen Ausschusses Schweiz-Italien. Sie betonten die ausgezeichnete Qualität der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Im Zentrum des Treffens stand die Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschulbildung, Forschung und Innovation.

[Mehr»](#)

Evaluation mit positiven Ergebnissen

Der Bundesrat verabschiedete den Bericht zur Evaluation des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG). Die Ergebnisse des Berichts sind insgesamt positiv. Die Evaluation liefert Informationen über die Effizienz der gemeinsamen hochschulpolitischen Organe von Bund und Kantonen, also der Rektorenkonferenz der Schweizer Hochschulen (swissuniversities), der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) und des Schweizerischen Akkreditierungsrats (SAR). Die Analyse gibt zudem Auskunft über das Finanzierungssystem der Hochschulen.

[Mehr»](#)

AGENDA

26.02-15.03.2024 | Bern

Frühlingssession der eidgenössischen Räte

08.-09.04.2024 | Bern

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S)

25.-26.04.2024 | Bern

**Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur des
Nationalrates (WBK-N)**

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

01. März 2024
